

STADTENTWICKLUNG – ZWISCHEN WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, wird ständig Veränderungen wahrnehmen, am auffälligsten sind diejenigen, die den öffentlichen Raum der Stadt nachhaltig verändern. Die staatliche, besser gesagt: kommunalpolitische und daher zielgerichtete Dimension dieser Veränderungen wird durch den Begriff der STADTENTWICKLUNG ausgedrückt. Dabei spielen alle Politikfelder eine Rolle und es taucht die Frage auf: Wollen wir eine Stadt für Investoren, für Touristen oder für die Bevölkerung – oder für sie alle? Könnte das bereits vorhandene Leitbild „Soziale Stadt“ mit ihren kompensatorischen Elementen zur Behebung von Benachteiligungen weiterhelfen? Gewiss – wünschbar wäre eine Ergänzung durch das Bild einer „demokratischen Bürgerstadt“, in der Stadtentwicklung von prinzipiell gleichen Akteuren betrieben wird, das würde heißen:

- Transparenz von Anfang an, vollständige Information der Öffentlichkeit, keine Wettbewerbe hinter verschlossenen Türen,
- gleiche Entwicklung aller noch so verschiedenen Stadtteile; auf Dauer darf es keine benachteiligten Stadtteile oder Quartiere mehr geben,
- größtmögliche und verantwortliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der „Betroffenen“, an allen Planungen von Anfang an, und die Einbeziehung der migrantischen Bevölkerung,
- im Konfliktfall hat der Bürgerwille Vorrang vor Planungen der Verwaltung und dem Interesse privater Investitionskapitals,
- bei Einzelprojekten ist immer auch die Stadt als Ganze im Blick zu behalten.

Die Koalitionsvereinbarung (2011–2015) enthält zu diesen Punkten zwar überwiegend allgemeine, aber doch positive Formulierungen, die nun konkretisiert werden müssen.

Im praktischen Vollzug von Stadtentwicklung müssen viele unterschiedliche Interessen und Konzepte gegeneinander abgewogen werden. So fragen sich beispielsweise die in der Bremer Innenstadt ansässigen Kaufleute, ob ihre Existenz nicht durch die Entwicklung der Überseestadt womöglich gefährdet sein könnte. Die Frage, ob

die Überseestadt Konkurrenz oder Ergänzung zum Stadtzentrum ist oder sein wird, ist durchaus von Bedeutung. Im letzten Jahr ging eine von der „City-Initiative“ organisierte Vortrags- und Diskussionsveranstaltung dieser Frage nach. Natürlich konnte es keine schlüssige Antwort geben, sondern nur Hinweise auf die besondere Problematik und die besonderen Herausforderungen, die mit der Entwicklung der Überseestadt verbunden sind. Senatsbaudirektor Höing sprach – wie üblich – von der Überseestadt als „Erfolgsgeschichte“ und „Chance“ und wollte in ihr einfach eine Art Vergrößerung der Innenstadt sehen. Deren praktische Entwicklung hat der Senat freilich fast ganz den Immobilien-Kaufleuten überlassen. Diese beeilten sich dann auch, vom „Wettbewerb“ zwischen der „alten“ Innenstadt und der Überseestadt zu sprechen und im Übrigen Synergieeffekte wie etwa die „Dynamisierung“ der Stadtentwicklung überhaupt und einen „Megatrend“ zurück in die zentrale Lage zu beschwören. Da die Überseestadt keine „Handelsfunktion“ habe, sei eine Konkurrenz zur City nicht gegeben; allerdings könne sie aufgrund ihrer „architektonischen Highlights“ eine gewisse Vorbildfunktion ausfüllen. Eine erwünschte Anbindung an den Nachbarstadtteil Walle gebe es nicht bzw. diese sei ungenügend – immerhin hat der Waller Beirat schon vor langer Zeit Vorstellungen dazu entwickelt und kürzlich durchgesetzt, dass er wenigstens laufend über den Stand der Entwicklung informiert wird. Die Überseestadt ist jedenfalls noch weit davon entfernt, zu einem neuen Stadtviertel mit der erwünschten lebendigen Mischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit für eine – noch gar nicht vorhandene – auch sozial gemischte Wohnbevölkerung zu werden.

Eine weitere „X-Stadt“ mit überwiegend Gewerbe- und Büroblocks wollen wir nicht; um das und die „Unwirtlichkeit der Städte“ zu vermeiden, ist dafür zu sorgen, dass die neu entstehenden Stadtteile bezahlbaren Raum bieten für Leben und Arbeit. Folgende Maßnahmen könnten den lange Zeit vernachlässigten Mietwohnungsbau ankurbeln:

- Beim Verkauf städtischer Grundstücke darf nicht die Rendite Vorrang haben vor gesamtstädtisch gebotenen Zielen.
- Städtische Grundstücke dürfen zur Wohnbebauung nur dann veräußert werden, wenn der Investor 50 % Mietwohnungen garantiert.
- Ein angemessen quotierter Mietwohnungsbau auf sonstigen Flächen muss erreicht werden durch

konsequente Anwendung aller planungs- und baurechtlichen Instrumente einschließlich Städtebauförderungsgesetz und anderen Fördermaßnahmen.

- Eine für erfolgreiche Stadtentwicklung nötige intensive Zusammenarbeit der beteiligten Ressorts muss auch institutionell verankert werden.

Klaus Auf dem Garten

MEHR NATUR IM VIERTEL

Natur in der Stadt ist ein wesentlicher Bestandteil aller zukunftsfähigen Kommunen. Jeder Vorgarten, jede Grünfläche, jeder Baum spenden Sauerstoff und binden Straßenstaub. Wegen der dichten Bebauung im Ostertor sind Natur-oasen hier eher selten. Dennoch gibt es sie – wer kennt schon die annähernd 30 m hohe Sumpfpypresse (Taxodium), die wie die Lärche im Winter ihre Nadeln abwirft und nun schon seit vielen Jahrzehnten dem täglichen Autostrom zu ihren Füßen standhält? Dabei geht es nicht nur um Exoten. In der Nähe des Viertels warten zahlreiche verwahrloste Kleingärten auf naturliebende Eigentümer oder Pächter. Diese Flächen könnten nicht nur in Rasen und Spielplätze umgewandelt, sondern auch zu Lieferanten

gesunder Naturkost und Heimstätten bedrohter Vögel und Pflanzen hergerichtet werden, wie zum Beispiel der Küchenschelle, die Michael Abendroth vom BUND in seinem Garten gedeihen lässt. Der BUND hat für das Jahr 2012 einen Schwerpunkt „Natur in der Stadt“ vorgesehen. Es gibt dazu eine Fülle von Anregungen. Über sie und sonstige Aspekte des Natur- und Umweltschutzes wird Martin Rode berichten.

Ruprecht Großmann

Informationsveranstaltung mit Martin Rode vom BUND am Mittwoch, 9. Mai 2012, 20.00 Uhr in der Gaststätte La Cucina am Ulrichsplatz, 2. Etage.



VERANSTALTUNGEN UND TERMINE 2012

- **Di. 06.03. | 19.00 Uhr | „Frau Bürgermeister Mevissen“**
Lesung von Renate Meyer-Braun
Bürgerhaus Weserterassen | Osterdeich
- **Mi. 09.05. | 20.00 Uhr | „Mehr Natur im Viertel“**
Diskussion mit dem BUND
La Cucina | 2. Etage | Ulrichsplatz
- **Mi. 13.06. | 20.00 Uhr | „Stadtentwicklung – Zwischen Wunsch und Wirklichkeit“** Öffentliche Diskussionsveranstaltung
La Cucina | 2. Etage | Ulrichsplatz

SPD-Ortsverein Altstadt – Ihre Ansprechpersonen

Für den Vorstand: **Thomas Uhlig** Tel: 0421 – 70 41 47

Für den Beirat Mitte: **Holger Ilgner** Tel: 0421 – 79 49 977

Für die Bürgerschaft: **Ulrike Hiller** Tel: 0421 – 32 70 60

Mobil: 0160 – 93 867 317 | E-Mail: u-hiller@gmx.de

Impressum:
Hrsg. SPD-Ortsverein Altstadt
V.i.S.P.: Dr. Bärbel Kühn

c/o SPD-Ortsverein Altstadt
Redaktion & Layout: U. Hiller, A. Schaa

OSTERTOR BLATT®

SPD-ORTSVEREIN ALTSTADT · 1/2012 BREMEN

NUR EINER ÜBERLEBTE – WIE EIN KLEINER FRIEDHOF

Zur ergreifenden Gedenkstätte wandelte sich ein Wohnhaus im Viertel, Kohlhöckerstraße 6. Dort waren ab 1939 die Verwaltung und Schule der Israelitischen Gemeinde untergebracht. Ein Kind und 14 Erwachsene wohnten hier. Das Gebetshaus sollte die Synagoge ersetzen; das Gotteshaus im Schnoor war ein Brandopfer der Reichspogromnacht vom 9. November 1938. Mit der Räumung des Hauses Kohlhöckerstraße 6 im Dezember 1941 endete das jüdische Gemeindeleben in Bremen. Bewohner, Besucher und Schüler wurden nach Minsk (heute Weißrussland) und Theresienstadt (heute Tschechische Republik) deportiert. Von allen überlebte nur ein Schüler – Otto Polak. Und er lebt unter uns in Bremen. Seit dem 18. November 2011 erinnert eine Gedenktafel an dunkle Zeiten. Auch 51 Steine mit Namen im Vorgarten. „Wie ein kleiner Friedhof.“ Das sagte Luise Scherf (Ehefrau von Dr. Henning Scherf, früherer Bremer Bürgermeister) bei der feierlichen Enthüllung der Tafel.

Selbst die Anwohner wussten bis vor kurzer Zeit nichts über die Geschichte des Hauses. Für das Ende dieses kollektiven Vergessens sorgten nicht zuletzt Schülerinnen und Schüler der Kooperativen Gesamtschule Stuhr-Brinkum mit einem Buch. Unter der Leitung der Religionslehrerin Ilse Zelle erkundete der Projektkurs „Spurensuche“ die Geschichte des Hauses. Schülerinnen und Schüler legten die Steine nieder und nannten alle 51 Namen. Dr. Barbara Johr von der Landeszentrale für politische Bildung enthüllte die Tafel. Und Hausbewohner Prof. Rudolph Bauer trug sein Gedicht vor, gewidmet den Deportierten.

Übrigens war das Haus Kohlhöckerstraße 6 die Residenz des Regierenden Bürgermeisters Alfred Domenico Pauli (1827 – 1915). Die spätere Eigentümerin Malli (Amalie) Grünberg übereignete das Gebäude vor ihrer Auswanderung 1938 der Israelitischen Gemeinde. Das Haus überstand den Krieg. →



„Kleiner Friedhof“ mit 51 Steinen und Namen

Mitten im Krieg, 18. November 1941, also vor 70 Jahren. 570 Juden aus Bremen und Umgebung wurden deportiert. Die Schüler und Lehrer der sogenannten Judenschule wurden zu einem „Ausflug“ gerufen. Niemand kehrte zurück. Otto Polak wurde zurückgehalten; das rettete ihm das Leben. Seine Großmutter, bei der er aufwuchs, hatte Verdacht geschöpft. Der sieben Jahre alte Otto durfte nicht die Volksschule im Heimatort Kirchweye besuchen. Am Ort war er der einzige „Volljude“ und musste als Zeichen der Verfehmung den Davidstern an seiner Kleidung tragen. „Ich hatte keine Ahnung vom jüdischen Glauben, und ich konnte nicht verstehen, warum man mich anders behandelte und die Kinder mich mieden oder sogar mit Steinen bewarfen.“ Gleichaltrige oder Ältere, auch Erwachsene verspotteten, beschimpften oder verprügelten ihn. So wurde der Weg zum Bahnhof zur alltäglichen Tortur. Er musste die kleine Schule an der Bremer Kohlhöckerstraße besuchen, die unter anderem Hebräisch unterrichtete; das sollte die Auswanderung nach Palästina erleichtern. Auf dem Weg ab dem Bremer Hauptbahnhof versuchte er, den gelben Stern mit der Hand zu verdecken. Die einzige Stütze auf dem Weg war oft eine Schulkameradin, die mit der Bahn aus Bremen-Nord kam. Vermutlich war es Ingrid Cohen. Zum „Volljuden“ war Otto durch die Nürnberger Rassegesetze gestempelt worden. Dabei war er evangelisch getauft, ebenso seine Mutter. Der Vater war Jude, er wurde vermutlich in Minsk ermordet. Die Ehe scheiterte, wurde geschieden. Die Mutter starb früh an Tuberkulose. Das genannte Buch entält den erschütternden Abschiedsbrief aus dem Krankenhaus.

Im Februar 1945, also kurz vor Kriegsende, drohte dem Jungen wiederum die Deportation. Rettung kam von einigen wenigen Kirchweyern, die zu der verfehmten Restfamilie hielten: der Dorfpolizist Saul, der Arzt Dr. Folkard Willms, der Apotheker V. Meyering, Pastor Rudloff. Otto Polak wurde künstlich krank und transportunfähig gemacht, durfte zu Hause bleiben. Wäre es nicht so gekommen, dann wäre die Familie gemeinsam in den Freitod gegangen. Eine andere Form der Verfolgung nach Kriegsende. Der Gärtner Otto Polak, Leiter eines Bremer Gartenbaubetriebes, wurde fristlos entlassen. Der Arbeitgeber hatte von Polaks Vergangenheit erfahren.

Text und Fotos von
Volker-Joachim Stern



Kohlhöckerstraße 6

Ilse Zelle (Hrsg.): Otto Polak – Leben und Schicksal eines Christen jüdischer Herkunft. Mit einem Geleitwort von Henning Scherf, Donat-Verlag Bremen, 7,50 €, 64 Seiten, 35 Abbildungen, ISBN 978-3-938275-62-7 www.spurensuche-online.net/ottowebsite/recherchen.html



Otto Polak und Ilse Zelle inmitten von Schülerinnen und Schülern bei der Enthüllung der Gedenktafel

FRAU BÜRGERMEISTER MEVISSEN – „DER EINZIGE MANN IM SENAT“

Annemarie Mevissen (1914–2006) war 23 Jahre die einzige Frau in der Männerdomäne Senat. Bürgermeister Jens Böhrnsen bezeichnete sie in seiner Trauerrede am 24. Juli 2006 als „die große Dame der bremischen Nachkriegspolitik“. Wieso dann das Etikett „der einzige Mann im Senat“? Wer hatte ihr das angeklebt? Sie mochte es nicht gerne hören und nicht gerne in der Presse lesen, wo es immer wieder mal auftauchte – und ihre männlichen Senatskollegen erst recht nicht. Es war entstanden im Zusammenhang mit ihrem Auftritt am 18. Januar 1968 auf der Domsheide, als sie auf einer Sandkiste stehend, „Flüstertüte“ in der Hand zu den Massen von aufgebracht jungen Leuten sprach, die sich im sie drängten. Die demonstrierten und protestierten gegen die Entscheidung des Senats und der Bremer Straßenbahn AG, die Fahrpreise zu erhöhen. Was in den großen Universitätsstädten der Republik unter der Firma Studentenrevolte lief, waren in Bremen die sogenannten Straßenbahnunruhen. Nicht der „Chef“, Bürgermeister Koschnick, sprach zu den Jugendlichen, sondern seine Stellvertreterin, Frau Bürgermeister Mevissen. Er hatte sich am Vorabend bei ihr abgemeldet, er müsse einen wichtigen auswärtigen Termin wahrnehmen und könne sie ihn, bitte sehr, am nächsten Tag bei dem zugesagten Treffen mit Demonstranten – allerdings im Rathaus – vertreten. Ihr Auftritt unter freiem Himmel wurde in der Öffentlichkeit mit Bewunderung für diese mutige Frau aufgenommen, sie sei wohl doch „der einzige Mann im Senat“. Koschnicks Fernbleiben wurde heftig kritisiert. Unter ihren Senatskollegen habe es eher ein gewisses Murren gegeben, wie Zeitzeugen berichten. Musste es denn nun unbedingt die einzige Frau sein, die da so vortrat? Ja, warum hatte sich denn nicht der Schulsenator oder der Innen senator angesprochen gefühlt, fragt man sich?

Hans Koschnick war wenige Monate zuvor, im Oktober 1967 nach einer für die bisher von der Wählerschaft verwöhnten SPD



nicht ganz so glänzend verlaufenden Bürgerschaftswahl vom Landesausschuss der Partei zum Präsidenten des Senats ausgewählt worden, nachdem man den wackeren Willy Dehnkamp, der Kaisen zwei Jahre zuvor ablöste, in die Wüste geschickt hatte. Die Wohlfahrts- und Jugendsenatorin Annemarie Mevissen war in derselben Sitzung zum stellvertretenden Bürgermeister vorgeschlagen worden. Ja, sie bestand in der Folgezeit stets auf der Anrede Frau Bürgermeister, nicht etwa Frau Bürgermeisterin, wie sich heute selbstverständlich Karoline Linnert nennt. Mevissen war auch immer Frau Senator, nicht Frau Senatorin, das Amt hieß schließlich „Der Senator für Wohlfahrt und Jugend“, wie sie betonte. Warum wurde eigentlich nicht statt des 36jährigen Koschnick, der gerade einmal vier Jahre im Senat gesessen hatte, die 53 Jahre alte Annemarie Mevissen, die immerhin seit 1952 Senatserfahrung hatte, für die Spitzenposition nominiert? Dazu befragt, sagt Hans Koschnick heute: „Wenn damals schon ernsthaft die Frauenfrage diskutiert worden wäre, wäre Annemarie es geworden, aber damals waren wir noch nicht so weit.“ Annemarie hatte wohl auch nie mit dem Gedanken gespielt, an die Spitze vorzurücken, die Frage stellte sich offenbar überhaupt nicht.

In einem ihrer letzten Interviews als Senatorin und Bürgermeisterin fällt 1975 der knallharte, resigniert klingende Satz: „Wenn eine

Frau glaubt, sie sei gleichberechtigt, so irrt sie sich.“ Sie tritt im Januar 1975, früher als angekündigt, zurück – auch weil sie einen ehrgeizigen jüngeren Mann, der zu den Achtundsechzigern in der damaligen SPD und damit nicht zu ihren Freunden gehört, verhindern will.

Mehr über Annemarie Mevissen und die Frauenfrage oder anders formuliert: das Verhältnis von Männern und Frauen in der Politik und wie sie es erlebte – in Vortrag und Lesung am 6. März um 19.00 h in den Weserterrassen.

Renate Meyer-Braun

„HARDWARE“ FÜR DEN PHYSIKRAUM: AUCOOP E. V. WAGT SCHRITT IN DIE LEHRMITTEL-PRODUKTION

Die Aucoop Bremen e.V. wagt sich auf Neuland: Der arbeitsmarktpolitische Dienstleister mit Sitz in der Weberstraße gründet einen neuen Betrieb, in dem anschauliche Lehrmittel für den Physikunterricht produziert werden sollen – vom kleinen Schaltkasten bis hin zu anspruchsvollen naturwissenschaftlichen Apparaturen. In dem neuen Integrationsbetrieb werden laut Michael Tabukasch von der Aucoop vor allem psychisch kranke Menschen beschäftigt sein. Bis Ende 2012 soll die Belegschaft auf rund ein Dutzend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anwachsen, die so einen Weg zurück auf den Arbeitsmarkt finden können. „Die Produktionsschritte sind abwechslungsreich und lassen sich von ihrem Schwierigkeitsgrad her sehr gut an die jeweiligen individuellen Fähigkeiten anpassen“, so Tabukasch. Die hohen Qualitätsanforderungen hätten Industriestandardniveau. Tabukasch stellte jetzt der SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ulrike Hiller das Gründungsprojekt vor.

Sie zeigte sich beeindruckt von den zahlreichen Geräten, die bereits gemeinsam mit dem Fachbereich Physik der Universität Bremen entwickelt worden sind.

„Ich bin überzeugt, dass die Aucoop hier eine Nische gefunden hat, die erfolgversprechend ist. Es ist genau der richtige Weg, wenn Einrichtungen wie die Aucoop Geschäftsfelder aufspüren, die für die Inklusion behinderter Menschen geeignet sind und die zugleich reale Marktchancen eröffnen“, so die Abgeordnete.

Michael Tabukasch betonte, dass mit der „Lehrmitteltechnik“ ein wirtschaftlich selbstständiger Produktionsbetrieb geschaffen werde – im Bereich der Integrationbetriebe, die in vielen Fällen vorbereitende Arbeiten für die Industrie übernehmen, sei dies etwas Neues.

Tabukasch berichtete von positiver Resonanz auf die Produktpalette, die kürzlich bereits im Haus der Wissenschaft interessierten Physiklehrern vorgestellt wurde. Jetzt gehe die Suche nach konkret interessierten Schulen los – in Bremen und darüber hinaus.

Dem Aucoop-Mitarbeiter zu Folge werde die Anlaufphase der Betriebsgründung mit öffentlichen Mitteln unterstützt; auch die Aktion Mensch sei als Förderer mit im Boot. Die Gesamtfinanzierung sei indessen noch nicht völlig gesichert, so Tabukasch.

Ulrike Hiller: „Ich würde mich freuen, wenn diese ‚Lehrmitteltechnik made in Bremen‘ in einigen Jahren in möglichst vielen Naturwissenschaftsräumen unserer Schulen zu finden ist. Dieses ambitionierte Projekt verdient Unterstützung.“



Das Bild zeigt Ulrike Hiller mit Michael Tabukasch